

Die Anteilseigner der italienischen Volksbank **Banche Popolari Unite (BPU)** und **Banca Lombarda** haben Anfang März dieses Jahres der Fusion zur neuen **UBI Banca** zugestimmt. Die Abstimmungen fielen mit jeweils mehr als 99 Prozent der auf den Hauptversammlungen vertretenen Aktionäre eindeutig aus. BPU bietet 0,83 eigene Aktien pro Anteilschein der Banca Lombarda. Zusammen verfügen die beiden Institute nach eigenen Angaben über eine Marktkapitalisierung von rund 13,5 Milliarden Euro und rund vier Millionen Kunden. Der Marktanteil in Italien wird auf 6,3 Prozent beziffert. Der Abschluss der Transaktion wurde für den 1. April dieses Jahres in Aussicht gestellt. Danach will UBI Banca eine Dividende von 0,80 Euro ausschütten.

Ihre Beteiligung an dem japanischen Internet-Broker **Kabu.com** will die **Mitsubishi UFJ Financial Group (MUFG)** von derzeit knapp 31 Prozent auf mehr als 40 Prozent ausbauen. Die Kernbank der Gruppe spricht dazu über die Börse ein Kaufgebot für 94 000 Aktien des Brokers zum Preis von je 240 000 Yen (1 590 Euro) aus – nach den Kursverfällen an den Aktienbörsen entspräche das einer Prämie von rund 25 Prozent. Insgesamt würde die Transaktionssumme damit rund 150 Millionen Euro betragen. Eine Komplettübernahme sei nicht geplant, teilte Mitsubishi UFJ mit. Der Internet-Broker soll sein Börsenlisting behalten.

In einem Urteil hat der **Bundesgerichtshof (BGH)** mehr Transparenz im Hinblick auf die Gebühren beim Verkauf von Fondsanteilen durch Banken verlangt. Deren Offenlegung sei notwendig, damit der Kunde beurteilen kann, ob die Anlageempfehlung allein im Kundeninteresse nach den Kriterien anleger- und objektgerechter Beratung erfolgt ist oder im Interesse der Bank, möglichst hohe Rückvergütungen zu erhalten. Das Urteil bezieht sich dabei zum einen auf den Ausgabeaufschlag, der einmalig beim Kauf fällig wird, und zum anderen auf den Anteil an der jährlichen Verwaltungsvergütung, den die Fondsgesellschaften an die Bank abführen (sogenannte „Kick-backs“). In einer ersten Reaktion hat der **Zentrale Kreditausschuss** des deutschen Bankgewerbes das Urteil kritisiert.

Der vom **Banco Comercial Português (BCP)** angestrebten Übernahme des kleineren **Banco BPI** hat die portugiesische Wettbewerbsbehörde **Autoridade da Concorrência (ADC)** zugestimmt. Im Gegen-

22. Februar 2007 bis 7. März 2007

zug sind von BCP allerdings einige mit der Behörde bereits ausgehandelte Auflagen zu erfüllen. Einem entsprechenden Entwurf müssen beide Institute bis Mitte März zustimmen. Erst danach kann BCP die rund 4,3 Milliarden schwere und von BPI stets als feindlich klassifizierte Offerte formell bei der Börsenaufsicht anmelden. Bereits vor rund einem Jahr hatte das Institut das Übernahmeverhaben angekündigt.

Im Emirat Dubai wollen sich die **Emirates Bank International** und die **National Bank of Dubai** zusammenschließen. Das aus der Fusion entstehende Institut werde eine Bilanzsumme von 45 Milliarden US-Dollar besitzen und sei das größte Kreditinstitut des Landes. Der Zusammenschluss wurde auf Wunsch des herrschenden Scheichs arrangiert.

In konkrete Fusionsverhandlungen sind die italienischen Genossenschaftsbanken **Banco Popolare di Milano (BPM)** und **Banco Popolare dell'Emilia Romagna (BPER)** eingetreten. Der mögliche Vollzug des Zusammenschlusses wird für Mai dieses Jahres in Aussicht gestellt. Entstehen soll die nach der Marktkapitalisierung (9,5 Milliarden Euro) und der Anzahl der Filialen (1 800) drittgrößte Volksbank des Landes. Eine echte Verschmelzung der beiden Institute sei aber nicht vorgesehen. Stattdessen soll eine Dachholding gegründet werden, die nach einem föderalen Prinzip aufgebaut ist und in der die beiden Institute als Subholdings weiter existieren und auch einen Großteil ihrer Eigenständigkeit behalten sollen.

Die in Deutschland bis zum Jahresende 2000 gültige Besteuerung von Auslandsdividenden hat der **Europäische Gerichtshof (EuGH)** für europarechtswidrig erklärt. Das mögliche Volumen der dadurch entstehenden Steuerrückzahlungen wurde vom **Bundesfinanzministerium** auf bis zu fünf Milliarden Euro beziffert. Bis zur entsprechenden Gesetzesänderung wurden Dividenden in- und ausländischer Gesellschaften in Deutschland unterschiedlich besteuert. Während Steuergutschriften inländischer Unternehmen für den Anleger steuermindernd anerkannt wurden, galt

dies nicht für ausländische Unternehmen. Nach Ansicht des EuGH verstieß diese Regelung gegen die Kapitalverkehrsfreiheit.

Die australische **Macquarie Bank** übernimmt in den USA die Investmentbank **Giuliani Capital Advisors**. Letztere ist eine Tochterfirma der Beratungsfirma **Giuliani Partners LLC** des ehemaligen New Yorker Bürgermeisters Rudy Giuliani und beschäftigt rund 100 Mitarbeiter.

Exklusivverhandlungen zur Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens im Versicherungsgeschäft hat die italienische Bank **Monte dei Paschi di Siena** mit dem französischen **Axa-Konzern** aufgenommen. Den vorläufigen Planungen nach wollen die Italiener ihre Lebensversicherung **Montepaschi Vita** und ihre Schadentochter **Montepaschi Assicurazioni Danni** in das Joint Venture mit Axa einbringen. Angaben zu den finanziellen Einzelheiten wurden nicht gemacht.

Mit der Unterzeichnung eines Rahmenvertrags hat die **Deutsche Wertpapierservice Bank AG (DWP Bank)**, Frankfurt am Main, den Erwerb der **TXB Transaktionsbank GmbH (TXB)**, Dornach, nach mehrmonatigen Verhandlungen abgeschlossen. Bereits Ende Mai vergangenen Jahres hatten die Gesellschafter beider Häuser und die DWP Bank in einem Memorandum of Understanding die Prüfung strategischer Optionen im Wertpapiergeschäft beschlossen. Mit der Unterzeichnung gehen alle TXB-Anteile auf die DWP Bank über. Die bisherigen Gesellschafter des Dornacher Instituts (**Bayern-LB**, **Landesbank Hessen-Thüringen** und **HSH Nordbank AG**) beteiligen sich gemäß ihrer bisherigen Anteile mit insgesamt zehn Prozent an der DWP Bank. Sie übernehmen Aktien von den beiden nordrhein-westfälischen Sparkassenverbänden **RSGV** und **WLSGV**, die bisher jeweils ein Viertel der DWP-Anteile hielten.

Den **CFS-Finanzplatzindex** hat das **Center for Financial Studies (CFS)**, Frankfurt am Main, gestartet. In vierteljährlichem Abstand soll dieser künftig über die Einschätzungen der Finanzmarktakteure hinsichtlich der Entwicklung des Finanzstandortes Deutschland Auskunft geben. Der erste Indexwert basiert auf einer Mitte Februar 2007 durchgeführten Managementbefragung unter 150 Führungskräften in Frankfurt. Die Erweiterung des Panels auf Deutschland ist für die nächste Zukunft geplant.